

Einwanderung ist anders als der Straßenverkehr

BZ-INTERVIEW: Hilfsbereitschaft kennt keine Quoten – der Osnabrücker Historiker und Migrationsforscher Klaus J. Bade über die Diskussion in Deutschland

Klaus J. Bade (56) ist Historiker an der Universität Osnabrück und Vorstand des dortigen Instituts für Migrationsforschung und Integration. Seine Veröffentlichung „Europa in Bewegung“, eine Gesamtschau der Wanderungen aus, in und nach Europa in Geschichte und Gegenwart, ist kürzlich bei C. H. Beck erschienen. 1994 war er der Initiator des „Manifests der 60“, mit dem Wissenschaftler die Untätigkeit der Bundesregierung in der Migrationspolitik anprangerten. Er ist Mitbegründer des „Rates für Migration“, dessen „Migrationsreport 2000“ soeben im Campus Verlag veröffentlicht wurde. Jan Sternberg sprach mit ihm.

BZ: Wann soll das Zuwanderungsgesetz kommen – und was soll darin enthalten sein?

Bade: Es ist absehbar, dass Migration das Wahlkampfthema wird. Deswegen muss deutlich vor 2002 zumindest ein konsensfähiger Grundentwurf über die Rahmenbedingungen eines Zuwanderungsgesetzes vorliegen. Wenn man sich dieser gemeinsamen politischen Aufgabe verweigert, könnte es zu einer Neuaufgabe der Kampagnendemagogie der frühen 90er-Jahre kommen. Einwanderung und Arbeitswanderung einerseits, Flucht und Asyl andererseits müssen in ein übergreifendes Konzept eingebunden werden, gesetzlich aber klar getrennt bleiben: Bei Arbeitswanderung und Einwanderung geht es um wirtschaftliche Interessen auf beiden Seiten. Das Einwanderungsland muss das Recht haben, sich seine Einwanderer auszusuchen – zumal die Handlungsspielräume ja ohnehin beschränkt sind; denn Familiennachzug, Aussiedlerzuwanderung und Asyl sind durch das Grundgesetz geschützt. Bei Flucht und Asyl geht es um humanitäre Pflichten. Es kann nicht um die Quotierung von Hilfsbereitschaft gehen, sondern um eine europäische Lastenteilung.

BZ: Und durch ein Zuwanderungsgesetz sind bereits alle Probleme gelöst?

Bade: Leider nicht! Viele Deutsche denken in dieser Hinsicht legalistisch: Der Staat macht ein Gesetz und dann ist das geregelt – so ungefähr wie beim Straßenverkehr. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Auch in den USA mit ihren Einwanderungsgesetzen und scharfen Einwanderungskontrollen kommt ein großer Teil der Einwanderer illegal ins Land. Man kann durch Einwanderungsgesetzgebung aber verhindern, dass Leute, die als reguläre Zuwanderer kommen würden, in die Illegalität gedrängt werden.

„Es ist hanebüchen zu sagen, wir hätten eine ‚freiheitlich deutsche Leitkultur‘.“

Klaus J. Bade

Man muss trotzdem lernen, mit dem Unnormalen normal umzugehen – es gibt nun einmal Illegale hier, als Bauarbeiter, als Pflegepersonal, und sie werden gebraucht. Diese Personen sollten die Möglichkeit einer nachträglichen

Legalisierung als Arbeitswanderer auf Zeit bekommen – nicht auf Dauer oder gar als Einwanderer, das wäre ein Widerspruch zu Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungskontrolle, auch wenn das andernorts zum Teil so gehandhabt wird. Aber die Legalisierung auf Zeit wäre eine weitere Schwächung der organisierten Schleuserbanden, die so genannte Illegale zum Teil sogar im Inland noch unter Kontrolle halten. Kriminell sind ja nicht die so genannten Illegalen, sondern die Schlepperbanden – und gegen die muss auch direkt vorgegangen werden, auch in den Herkunftsräumen, auch unter Einbeziehung der Geheimdienste. Polizei und Grenzschutz allein sind da einigermassen machtlos.

BZ: Über die Integration der Zuwanderer wird gerade heftig debattiert. Was halten Sie von dem Begriff der „Leitkultur“?

Bade: Es ist doch hanebüchen zu sagen, wir hätten eine „freiheitlich deutsche Leitkultur“. Das war ein Versprecher, eine Art geistiger Tippfehler, der sich dann in der Parteitaktik verselbständigt hat – weil man sich scheute, wieder abzuspringen von dem falsch gesattelten Pferd. Es hätte bestenfalls heißen können „freiheitlich demokratische Leitkul-

tur“. Und an die halten sich viele Zuwanderer in Deutschland mehr als jene, die ihnen auf der Straße das Gesicht eintrieten.

BZ: Welche Folgerungen können aus der Migrationsgeschichte für künftige Politik gezogen werden?

Bade: Es geht in der historischen Migrationsforschung auch darum zu zeigen, dass wir nicht in einer historischen Ausnahme-situation leben. Seit dem Ende der Teilung der Welt hat Deutschland – wie auch Österreich – in seine historische Rolle als migratorische Drehscheibe zwischen Ost und West, Süd und Nord zurückgefunden. Das ist also alles nicht neu. Und es ist gestaltbar. Es geht um eine Normalisierung des Verhältnisses der Politik zu Migration und Integration. Mit wachsender Einsicht in die Gestaltbarkeit der Probleme schrumpfen die Chancen der Demagogen. Aber Politik ist ein mitunter extrem kurzatmiges Geschäft. Es ist manchmal fast absurd, mit welcher Kurzatmigkeit und konzeptionellen Ahnungslosigkeit sich Politiker auf dem gesellschaftspolitisch so brisanten Feld von Migration und Integration bewegen. Aber wenn wir hier scheitern, stehen uns unter Umständen massive soziale Konflikte ins Haus!